

Ulrich Eisenhardt

Einführung in das Bürgerliche Recht

Ein Studien- und Übungsbuch

7. Auflage

Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

W. Bertelsmann Verlag • Bielefeld
Böhlau Verlag • Wien • Köln • Weimar
Verlag Barbara Budrich • Opladen • Toronto
facultas • Wien
Wilhelm Fink • Paderborn
A. Francke Verlag • Tübingen
Haupt Verlag • Bern
Verlag Julius Klinkhardt • Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck • Tübingen
Ernst Reinhardt Verlag • München
Ferdinand Schöningh • Paderborn
Eugen Ulmer Verlag • Stuttgart
UVK Verlagsgesellschaft • Konstanz, mit UVK/Lucius • München
Vandenhoeck & Ruprecht • Göttingen
Waxmann • Münster • New York

Ulrich Eisenhardt

Einführung in das Bürgerliche Recht

Ein Studien- und Übungsbuch

7., überarbeitete Auflage 2018

facultas

Ulrich Eisenhardt, Jahrgang 1937, Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen und Bonn. 1961 Erstes und 1965 Zweites juristisches Staatsexamen. 1964 Promotion in Bonn, 1970 Habilitation mit der *venia legendi* für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Deutsche Rechtsgeschichte und Verfassungsgeschichte der Neuzeit ebenfalls in Bonn. Nach Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten in Saarbrücken und München 1972 Wissenschaftlicher Rat und Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Bonn für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Deutsche Rechtsgeschichte. Seit 1975 ordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der Fernuniversität in Hagen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht, sowie Deutsche Rechtsgeschichte. 1992 Mitgründer der Juristischen Fakultät der Heinrich Heine-Universität in Düsseldorf. Lehrtätigkeit dortselbst bis 2000. Vorstand des Instituts für Japanrecht und des Kurt Haertel-Instituts für Geistiges Eigentum an der Juristischen Fakultät der Fernuniversität in Hagen. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Zivilrecht und zur Rechtsgeschichte u.a.: Eisenhardt/Wackerbarth, Gesellschaftsrecht I. Recht der Personengesellschaften. Mit Grundzügen des GmbH- und des Aktienrechts. 16. Aufl. 2015, Wackerbarth/Eisenhardt, Gesellschaftsrecht II. Recht der Kapitalgesellschaften. Mit Bezügen zum Bilanz-, Insolvenz- und Kapitalmarktrecht. 2013; Deutsche Rechtsgeschichte. 6. Aufl. 2013; Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496-1806). Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur, 1970; 100 Jahre BGB. Zur Offenheit und Leistungsfähigkeit des deutschen Zivilrechts, in: jur. Zeitgeschichte, Kleine Reihe Bd. 1, 2001, S. 3 ff.

Online-Angebote oder elektronische Ausgaben sind erhältlich unter www.utb-shop.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung der Autoren oder des Verlages ist ausgeschlossen.

7., überarbeitete Auflage

© 2018 Facultas Verlags- und Buchhandels AG
facultas Universitätsverlag, A-1050 Wien

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Satz: Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

ISBN: 978-3-8252-4995-3

Vorwort zur 7. Auflage

Die „Einführung in das Bürgerliche Recht“ ist als Studienbuch für Studierende der Rechtswissenschaft gedacht, die sich in der Anfangsphase des Studiums in den Stoff der ersten drei Bücher des BGB einarbeiten müssen. Es wendet sich darüber hinaus auch an Studierende der Wirtschaftswissenschaft, die sich mit dem Zivilrecht befassen müssen.

Nach dem didaktischen Konzept des Buches sollen die Studierenden möglichst rasch in das System des bürgerlichen Rechts eingeführt werden und das notwendige Rüstzeug erhalten, um mit dem Gesetzestext selbständig arbeiten, d.h. Lösungen für juristische Probleme finden zu können. Dafür ist es unerlässlich, dass sie sich rasch die Methodik der Fallbearbeitung aneignen. Das Buch enthält deshalb eine Anleitung zur Anfertigung juristischer Gutachten und im Text eine Vielzahl von Übungsfällen (Selbsttestaufgaben), die gelöst werden sollen. Der zu lösende Fall steht jeweils am Anfang eines Kapitels; die erarbeitete Lösung sollte anschließend mit der am Schluss des jeweiligen Kapitels angebotenen Lösung verglichen werden.

Für die 7. Auflage dieses Buches waren wiederum viele Ergänzungen und Überarbeitungen notwendig. Insbesondere war zu berücksichtigen, dass das Privatrecht inzwischen in zunehmendem Maße durch die vielfältigen und in ihrer Gesamtheit nur mit Mühe zu überblickenden Aktivitäten der Europäischen Union beeinflusst und geprägt worden ist. So ist vor allem aufgrund der europäischen Vorgaben ein verstärkter Schutz des Verbrauchers im BGB verankert worden. Als Beispiele seien die Verfeinerungen im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die besonderen Schutzvorschriften betreffend den Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr genannt. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat weit reichende Auswirkungen für das allgemeine Zivilrecht. Aber nicht nur das Vertragsrecht, auch andere Teile des bürgerlichen Rechts, wie etwa das Deliktsrecht, sind durch europäisches Richtlinienrecht beeinflusst worden.

Hagen, im Februar 2018

Ulrich Eisenhardt

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort zur 7. Auflage</i>	V
<i>Verzeichnis der geläufigsten Abkürzungen</i>	XXVII
<i>Verzeichnis der häufiger zitierten Literatur</i>	XXXI
§ 1 Das bürgerliche Recht im System des deutschen Rechts	1
I. Einleitung	1
II. Das bürgerliche Recht als Kern des deutschen Privatrechts	3
1. Der Begriff des bürgerlichen Rechts	3
2. Überblick über den Inhalt der fünf Bücher des BGB	3
III. Die Europäisierung des deutschen Privatrechts	5
§ 2 Grundprinzipien des deutschen Privatrechts	7
I. Der Grundsatz der formalen Gleichbehandlung	8
II. Der Grundsatz der Privatautonomie	8
1. Privatautonomie und Rechtsgeschäft	8
2. Privatautonomie und vertragliche Schuldverhältnisse	9
3. Die Grenzen der Privatautonomie	11
4. Zwingendes und dispositives Recht	13
5. Weitere Einschränkungen durch Verbraucherrecht	14
III. Das Privateigentum und seine Bedeutung für die Privatrechtsordnung	16
IV. Der Vertrauensgrundsatz	17
§ 3 Rechtsgeschäft und Willenserklärung	18
I. Der Begriff Rechtsgeschäft	18
II. Die Willenserklärung	19
1. Überblick	19
2. Der objektive Tatbestand einer Willenserklärung	20
3. Der subjektive Tatbestand einer Willenserklärung	21
4. Bewusste Willensmängel	23
5. Willenserklärungen und unverbindliche Erklärungen	24
6. Die Zurechenbarkeit von Erklärungstatbeständen bei fehlendem Rechtsfolgewillen	25
§ 4 Das Wirksamwerden von Willenserklärungen	26
I. Die Empfangsbedürftigkeit von Willenserklärungen	26
	VII

II. Der Zugang	26
1. Willenserklärungen unter Anwesenden	27
2. Willenserklärungen unter Abwesenden	27
III. Der Widerruf von Willenserklärungen	31
1. Überblick	31
2. Der Widerruf vor Zugang der Willenserklärung	31
§ 5 Das Zustandekommen eines Vertrages	32
I. Einführung	32
II. Vertragliche und gesetzliche Schuldverhältnisse	33
III. Das Entstehen eines Vertrages durch Angebot und Annahme	34
1. Überblick	34
2. Die Abgrenzung zwischen Verträgen und rein gesellschaftlichen Beziehungen	35
3. Das Angebot zum Abschluss eines Vertrages	36
4. Die Annahme eines Angebots	40
IV. Der Vorvertrag	45
§ 6 Die Bedeutung des Schweigens im Rechtsverkehr	47
I. Stillschweigen und Willenserklärung	47
II. Das Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	48
1. Überblick	48
2. Abweichungen zwischen dem Bestätigungsschreiben und der vorhergehenden vertraglichen Vereinbarung	49
3. Das Fehlen eines Abschlusstatbestandes	52
III. Unverlangt zugesandte Warensendungen und Vertragsschluss	52
1. Überblick	52
2. Die Regelung des § 241 a	53
§ 7 Der Dissens (Einigungsmangel)	54
I. Der offene Dissens	55
II. Der versteckte Dissens	55
§ 8 Allgemeine Geschäftsbedingungen als Bestandteile von Verträgen	57
I. Überblick	57
II. Die Gegenstände Allgemeiner Geschäftsbedingungen	58
III. Die Vorschriften des BGB zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	59
1. Das rechtspolitische Ziel	59
2. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 305 Abs. 1)	59
3. Der Vorrang von Individualabreden	61
4. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	62

IV. Die Bezugnahme beider Vertragsparteien auf die eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen	64
§ 9 Besonderheiten des Vertragsschlusses im Internet	67
I. Der Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	68
II. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	69
1. Überblick	69
2. Die Pflichten aus § 312 i	70
3. Weitere Pflichten aus § 312 j	70
III. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen bei Abschluss eines Vertrages im elektronischen Geschäftsverkehr	71
IV. Die Ersteigerung von Waren bei Internet-Auktionen	71
§ 10 Die Auslegung	73
I. Überblick	73
II. Die Auslegung von Willenserklärungen	73
III. Die Auslegung von Verträgen	75
1. Überblick	75
2. Die erläuternde Vertragsauslegung	75
3. Die ergänzende Vertragsauslegung	76
IV. Die Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	78
§ 11 Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	79
I. Überblick	80
II. Das Trennungsprinzip	80
III. Das Abstraktionsprinzip	82
IV. Das Problem der Fehleridentität	83
§ 12 Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	84
I. Die Rechtsfähigkeit	84
1. Überblick	84
2. Juristische Personen	85
II. Die Geschäftsfähigkeit	86
1. Der Begriff der Geschäftsfähigkeit	86
2. Abgrenzung zur Deliktsfähigkeit	86
III. Der Schutz der Geschäftsunfähigen	87
1. Überblick	87
2. Die gesetzlichen Regelungen zum Schutze der Geschäftsunfähigen	88
3. Die gesetzlichen Vertreter der Geschäftsunfähigen	89
IV. Der Schutz der beschränkt geschäftsfähigen Personen	89
1. Die Wirkung der von Minderjährigen vorgenommenen Rechtsgeschäfte	89
2. Die Auflösung des Schwebezustandes gemäß §§ 108, 109	91

3. Die Regel des § 107	92
4. Der Sondertatbestand des § 110	95
5. Das Wirksamwerden einer dem Minderjährigen zugehenden Willenserklärung (§ 131 Abs. 2)	96
V. Die gesetzlichen Vertreter der in ihrer Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen	97
VI. Die partielle Geschäftsfähigkeit	97
1. Der selbständige Betrieb eines Erwerbsgeschäftes	97
2. Dienst- oder Arbeitsverhältnisse von Minderjährigen	98
VII. Die Betreuung	98
1. Die Betreuung gemäß § 1896	98
2. Die Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	99
§ 13 Die Form	99
I. Das Prinzip der Formfreiheit	100
II. Die vom Gesetz vorgeschriebene Form	101
1. Die einfache Schriftform	101
2. Elektronische Form und Textform	102
3. Die öffentliche Beglaubigung	104
4. Die notarielle Beurkundung	104
5. Die völlige Eigenhändigkeit einer Urkunde	105
III. Die gewillkürte Schriftform	105
IV. Die Folgen des Formmangels	105
§ 14 Die Nichtigkeit von Rechtsgeschäften	107
I. Einführung	107
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	108
1. Die gesetzliche Regelung	108
2. Verbotsgesetze im Sinne des § 134	109
3. Die Folgen eines Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot	110
III. Sittenwidrige Geschäfte (§ 138)	110
1. Überblick	110
2. Die Generalklausel des § 138 Abs. 1	111
3. Die Anwendung des § 138 Abs. 1 in der Praxis	113
4. Der Wucher	116
5. Wucherähnliche Rechtsgeschäfte	118
IV. Die Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	119
1. Überblick	119
2. Grundlagen der Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	119
3. Beispiele für einzelne Klauselverbote (§§ 308, 309)	120
4. Die Generalklausel des § 307	122

5. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit Allgemeiner Geschäftsbedingungen	123
6. Überraschende Klauseln	123
7. Einschränkungen bei der Anwendung der §§ 305–309	124
§ 15 Die Anfechtbarkeit von Willenserklärungen	125
I. Überblick	126
II. Die Anfechtung wegen Irrtums. Die unbewusste Nichtübereinstimmung von Wille und Erklärung	126
1. Einleitung	126
2. Die Anfechtung wegen Erklärungs- oder Inhaltsirrtums	127
3. Die Anfechtung wegen Irrtums über verkehrswesentliche Eigenschaften einer Person oder Sache	130
III. Die Anfechtung wegen Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	133
1. Einleitung	133
2. Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	133
3. Die Täuschung durch Dritte (§ 123 Abs. 2)	135
IV. Die Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung	137
1. Die Drohung	137
2. Die Widerrechtlichkeit	137
3. Die subjektiven Voraussetzungen	139
V. Fristgemäße Anfechtungserklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner	139
VI. Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden gemäß § 122	140
§ 16 Teilnichtigkeit und Umdeutung von Rechtsgeschäften	141
I. Die Teilnichtigkeit von Rechtsgeschäften	142
1. Überblick	142
2. Die Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	142
3. Parteiwille und Auslegung	142
4. Das Problem der Fehleridentität	143
5. Die Füllung einer Lücke	144
6. Die Sonderregelung in § 306	144
II. Die Umdeutung (§ 140)	145
1. Überblick	145
2. Die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts	145
3. Die weiteren Voraussetzungen	145
III. Die Bestätigung (§ 141)	146
§ 17 Die Stellvertretung	147
I. Überblick und Abgrenzung	148
1. Unmittelbare und mittelbare Vertretung	148
2. Stellvertreter und Bote	150

II. Die gesetzliche Vertretung	150
III. Die unmittelbare Stellvertretung	151
1. Begriff und Wirkung	151
2. Das Offenkundigkeitsprinzip	152
3. Das Handeln unter fremdem Namen	154
4. Die Wirkungen der Stellvertretung	156
5. Willensmängel und ihre Folgen (§ 166)	156
6. Die Erteilung der Vollmacht	157
7. Das Innenverhältnis	158
8. Das Erlöschen der durch Rechtsgeschäft erteilten Vertretungsmacht	159
9. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	162
IV. Das Insichgeschäft (§ 181)	165
V. Die Vertretung ohne Vertretungsmacht bei einem Vertrag	166
1. Möglichkeiten der Vertretung ohne Vertretungsmacht	166
2. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vertretenen und dem Dritten	167
3. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vertreter ohne Vertretungsmacht und dem Dritten	168
§ 18 Zustimmungsbefürftige Rechtsgeschäfte	170
I. Überblick und Begriffsbestimmung	170
II. Die Wirkung der Genehmigung	171
III. Die Verfügung eines Nichtberechtigten und die Zustimmung (§ 185)	172
1. Überblick	172
2. Wirksame Verfügung eines Nichtberechtigten mit Zustimmung des Berechtigten	173
3. Wirksame Verfügung eines Nichtberechtigten ohne Zustimmung des Berechtigten	173
IV. Die Ermächtigung	174
§ 19 Die Bedingung	175
I. Der Begriff und die Wirkung der Bedingung	175
II. Arten der Bedingung	176
1. Die aufschiebende Bedingung	176
2. Die auflösende Bedingung	177
3. Echte und unechte Bedingungen	177
4. Bedingungsfeindliche Willenserklärungen	178
III. Die Rechtslage während der Schwebezeit	178
IV. Die treuwidrige Einflussnahme auf Eintritt oder Ausfall der Bedingung (§ 162)	180
§ 20 Die Verjährung	180
I. Der Sinn der Verjährung	181

II. Die Verjährungsfristen	181
III. Der Beginn und die Berechnung der Verjährungsfristen	182
IV. Vereinbarungen über die Verlängerung und Verkürzung von Verjährungsfristen	183
V. Die Hemmung und der Neubeginn der Verjährung	184
1. Überblick	184
2. Die Hemmung	184
VI. Der Neubeginn der Verjährung	185
VII. Ausschlussfristen	186
VIII. Fristen und Termine	186
1. Überblick	186
2. Einzelne Bestimmungen	187
§ 21 Rechtssubjekte und subjektive Rechte	188
I. Rechtssubjekte	188
1. Der Personenbegriff des BGB	188
2. Der Schutz der Persönlichkeit/Allgemeines Persönlichkeitsrecht	189
II. Subjektive Rechte	192
1. Subjektives Recht und objektives Recht	192
2. Begriff und Arten der subjektiven Rechte	192
3. Die Grenzen der Durchsetzbarkeit subjektiver Rechte	195
4. Die erlaubte Verteidigung subjektiver Rechte	196
§ 22 Rechtsobjekte	197
I. Überblick	197
II. Sachen	198
1. Begriff und Arten von Sachen	198
2. Verbindungen von Sachen	199
III. Rechte	202
IV. Nutzungen (Früchte und Gebrauchsvorteile)	202
1. Überblick	202
2. Früchte	202
3. Gebrauchsvorteile	203
V. Gesamtheiten von Sachen und Rechten	203
1. Das Vermögen	203
2. Das Unternehmen	204
§ 23 Einführung in das Recht der unerlaubten Handlungen	205
I. Überblick	206
II. Rechtswidrigkeit und Verschulden	208
1. Das Verschulden als Zurechnungsgrund	208
2. Die Rechtswidrigkeit	211

III. Die Verletzung von Rechtsgütern und absoluten Rechten im Sinne des § 823 Abs. 1	211
1. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Schadensersatzanspruches gemäß § 823 Abs. 1	211
2. Die geschützten Rechtsgüter	213
IV. Der Schaden	213
1. Die Definition des Schadens	213
2. Vermögensschaden und Nichtvermögensschaden	214
V. Der ursächliche Zusammenhang	215
1. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	215
2. Die adäquate Kausalität	215
VI. Der Gegenstand der Schadensersatzverpflichtung	217
1. Überblick	217
2. Die Schadensberechnung	218
VII. Die Verletzung eines Schutzgesetzes gemäß § 823 Abs. 2	225
1. Überblick	225
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Anspruchs aus § 823 Abs. 2	225
3. Schutzgesetze im Sinne des § 823 Abs. 2	226
VIII. Die sittenwidrige Schädigung gemäß § 826	227
1. Überblick	227
2. Der Verstoß gegen die guten Sitten	227
3. Der Vorsatz	227
IX. Die Verletzung von Verkehrssicherungspflichten (Verkehrspflichten)	228
X. Die Haftung mehrerer Personen	229
1. Überblick	229
2. Tatbeteiligte (§ 830)	230
3. Die Haftung der Beteiligten als Gesamtschuldner	230
XI. Die Haftung für Verrichtungsgehilfen	231
1. Überblick	231
2. Verrichtungsgehilfe	231
3. Unerlaubte Handlung des Verrichtungsgehilfen	232
4. Schadenszufügung in Ausführung der Verrichtung	232
5. Das Verschulden des Geschäftsherrn (Unternehmers) und der Exkulpationsbeweis.	233
XII. Unterlassungsansprüche	234
1. Überblick	234
2. Die analoge Anwendung des § 1004	234
3. Die Voraussetzungen für eine Unterlassungsklage	235
§ 23 a Die Gefährdungshaftung	238
I. Die Haftung auch ohne Verschulden (Verschuldensunabhängige Haftung)	238

II. Beispiele für Gefährdungshaftungstatbestände	240
1. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz	240
2. Die Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz	240
§ 23 b Die Staatshaftung (Amtshaftung) nach § 839 i.V.m. Art. 34 GG	241
I. Überblick	241
II. Übernahme der Haftung durch den Staat nach Art. 34 GG	241
III. Amtspflicht und Drittbezogenheit	241
IV. Subsidiarität der Amtshaftung	242
V. Das Spruchrichterprivileg	243
§ 24 Der Inhalt vertraglicher Schuldverhältnisse	243
I. Die Gläubiger- und Schuldnerstellung	243
1. Überblick	243
2. Der Schuldner	244
3. Der Gläubiger	245
II. Gegenseitig verpflichtende Verträge und nicht gegenseitig verpflichtende Verträge	245
1. Überblick	245
2. Die primären Leistungspflichten	246
3. Die Schutz- bzw. weiteren Verhaltenspflichten	247
III. Die Inhaltsbestimmung von Schuldverhältnissen	248
1. Überblick	248
2. Die Bestimmung des Leistungsinhalts durch eine Partei	248
3. Die Bestimmung des Leistungsinhalts durch Dritte	248
IV. Gattungs- und Stückschuld	249
1. Die Unterscheidung	249
2. Die Konkretisierung	250
V. Die Leistungszeit	250
VI. Der Leistungsort	251
1. Überblick	251
2. Die Holschuld (§ 269)	252
3. Die Bringschuld	252
4. Die Schickschuld	252
VII. Leistungsverweigerungsrechte	253
1. Überblick	253
2. Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts gemäß § 273	253
3. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages gemäß § 320	254
4. Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht	255
§ 25 Das Erlöschen von Schuldverhältnissen	255
I. Überblick	256
II. Die Erfüllung	257

1. Die Erfüllung gemäß § 362	257
2. Die Leistung an Erfüllungs Statt	257
3. Die Leistung erfüllungshalber	258
III. Die Beendigung des vertraglichen Schuldverhältnisses durch Zeitablauf	259
IV. Die Aufhebung und Änderung eines Schuldverhältnisses	259
V. Der Rücktritt vom Vertrag	260
1. Überblick	260
2. Die Ausübung des Rücktrittsrechts und die Folgen	261
3. Das vertraglich vereinbarte Rücktrittsrecht	263
4. Das gesetzliche Rücktrittsrecht (§§ 323 ff.)	264
VI. Die Kündigung	266
1. Die Kündigung und ihre Wirkung	266
2. Das außerordentliche Kündigungsrecht aus wichtigem Grund	266
VII. Das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	267
1. Überblick	267
2. Die Voraussetzungen für die Ausübung des Widerrufsrechts	268
3. Die Ausübung des Widerrufsrechts	269
4. Die Rechtsfolgen des Widerrufs	269
VIII. Die Aufrechnung	270
1. Der Sinn der gesetzlichen Aufrechnungsregelung	270
2. Die Voraussetzungen für eine Aufrechnung	271
3. Ausschluss der Aufrechnung	271
4. Erklärung und Wirkung der Aufrechnung	271
5. Der Aufrechnungsvertrag	271
IX. Die Hinterlegung	272
1. Überblick	272
2. Die Hinterlegungsvoraussetzungen	272
3. Der Selbsthilfeverkauf	273
X. Der Erlassvertrag	273
XI. Das negative Schuldanerkenntnis	274
§ 26 Pflichtverletzungen (Störungen im Schuldverhältnis)	274
I. Einführung	275
1. Überblick	275
2. Pflichtverletzung und mangelhafte Leistung	276
II. Das Vertretenmüssen	277
1. Überblick	277
2. Die Haftung für fremdes Verschulden (Erfüllungsgehilfen)	277
3. Die Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos	280
III. Die Unmöglichkeit	281
1. Überblick über die verschiedenen Störungen im Schuldverhältnis	281
2. Der Begriff der Unmöglichkeit	282

3. Die vom Schuldner nicht zu vertretende Unmöglichkeit	283
4. Die vom Schuldner zu vertretende Unmöglichkeit	285
5. Die Teilunmöglichkeit	292
IV. Das vom Gläubiger zu vertretende Unmöglichwerden der Leistung	293
V. Die Pflichtverletzung in Gestalt der Verzögerung der Leistung durch den Schuldner (Verzug)	294
1. Überblick	294
2. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	295
3. Der Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung und das Rücktrittsrecht des Gläubigers	301
4. Das Fixgeschäft (§ 323 Abs. 2 Nr. 2)	303
VI. Die Vertragsstrafe	304
1. Überblick	304
2. Die Verwirkung der Vertragsstrafe	305
3. Die Höhe der Vertragsstrafe und die Forderung nach Schadensersatz	305
VII. Die Verletzung von sonstigen Pflichten aus dem Schuldverhältnis (positive Forderungsverletzung)	306
1. Überblick	306
2. Die Schlechtleistung	306
3. Die Verletzung leistungsbezogener Nebenpflichten	307
4. Die Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis im Sinne von § 241 Abs. 2	308
VIII. Das Verschulden bei Vertragsschluss (Culpa in contrahendo)	312
1. Überblick	312
2. Das vorvertragliche Schuldverhältnis	312
3. Pflichten aus einem Schuldverhältnis zwischen potenziellen Vertragspartnern	313
4. Pflichten aus einem Schuldverhältnis mit einem Dritten, der nicht Vertragspartei werden soll (§ 311 Abs. 3)	317
IX. Schadensersatzansprüche wegen Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG)	319
1. Überblick	319
2. Das zivilrechtliche Benachteiligungsverbot (§ 19 AGG)	319
3. Einschränkungen des Benachteiligungsverbots	320
4. Die Rechtsfolgen	321
X. Störung der Geschäftsgrundlage: Das Fehlen und der Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313)	323
1. Überblick	323
2. Risikoverteilung und Vorrang der Auslegung	323
3. Die Rechtsfolgen des Fehlens und des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	324
XI. Der Gläubigerverzug (Annahmeverzug)	326

1. Der Eintritt des Annahmeverzuges	326
2. Die Folgen des Gläubigerverzuges	327
§ 27 Die Beteiligung Dritter an einem Schuldverhältnis	329
I. Überblick	329
II. Die Abtretung von Forderungen und anderen Rechten	329
1. Die Forderung	329
2. Die rechtsgeschäftliche Übertragung einer Forderung	330
3. Die Abtretung anderer Rechte	335
4. Der Forderungsübergang kraft Gesetzes	336
III. Die Schuldübernahme	336
1. Überblick	336
2. Die befreiende Schuldübernahme	336
3. Die Schuldmitübernahme (= Schuldbeitritt; kumulative Schuldübernahme)	337
4. Die Erfüllungsübernahme	338
IV. Der Vertrag zugunsten Dritter	338
1. Überblick	338
2. Deckungs- und Valutaverhältnis	339
3. Abgrenzungen	339
4. Einwendungen und Einreden	339
5. Pflichtverletzungen im Deckungsverhältnis	340
6. Pflichtverletzungen des Dritten	341
7. Der Vertrag zu Lasten Dritter	341
V. Der Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	341
1. Die Problematik	341
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte	342
3. Die Rechtsfolgen	343
§ 28 Gesamtschuldner und Gesamtgläubiger	344
I. Gesamtschuldner	344
1. Der Begriff der Gesamtschuldnerschaft	344
2. Das Entstehen der Gesamtschuld	345
3. Der Ausgleich im Innenverhältnis	345
II. Die Gesamtgläubigerschaft	346
1. Der Begriff der Gesamtgläubigerschaft	346
2. Die Gläubigergemeinschaft	347
§ 29 Das Kaufrecht	348
I. Einleitung	349
1. Überblick	349
2. Arten des Kaufes	350

II. Die Gefahrtragung beim Kauf	351
1. Leistungs- und Gegenleistungsgefahr	351
2. Gefahrübergang bei Übergabe der Sache (§ 446)	351
3. Der Gefahrübergang beim Versandungskauf	352
III. Ansprüche und Rechte des Käufers bei Mängeln der gekauften Sache	353
1. Überblick	353
2. Der Sachmangel im Sinne des § 434	354
3. Der Rechtsmangel (§ 435)	360
4. Die bei Vorliegen eines Sach- oder Rechtsmangels entstehenden Rechte und Ansprüche des Käufers	361
5. Kenntnis des Käufers von dem Mangel	370
6. Das Verhältnis der Gewährleistungsansprüche zu anderen Rechtsbehelfen des Käufers	371
7. Die Verjährung	374
8. Die Übernahme einer Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantie durch Verkäufer oder Hersteller (§ 443)	376
IV. Besonderheiten beim Handelskauf (§ 377 HGB)	378
V. Die Produkthaftung (Produzentenhaftung)	380
VI. Der Verbrauchsgüterkauf (§§ 474 ff.)	381
1. Überblick	381
2. Der zwingende Charakter der gesetzlich geregelten Käuferrechte	381
3. Die Beweislastumkehr	382
4. Verkürzung von Verjährungsfristen	383
5. Sonderbestimmungen für Garantien (§ 479)	384
6. Der Rückgriff des Unternehmers (§ 478)	384
VII. Fernabsatzverträge (§ 312 c) und Außergeschäftsraumverträge (§ 312 b)	386
1. Fernabsatz- und Außergeschäftsraumverträge als Verbraucherverträge	386
2. Der Schutz des Verbrauchers	386
VIII. Die Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312 i)	387
IX. Das Widerrufsrecht des Verbrauchers (§§ 312 ff., §§ 355 ff.)	388
1. Überblick	388
2. Die Ausübung des Widerrufsrechts	389
3. Die Rechtsfolgen des Widerrufs	389
X. Gewährleistungsausschluss und Allgemeine Geschäftsbedingungen	390
1. Überblick	390
2. Die Generalklausel des § 307	391
3. Die Klauselverbote in §§ 308 und 309	393
4. Einschränkungen der Inhaltskontrolle	394
5. Kein Haftungsausschluss bei Übernahme einer Garantie oder bei arglistigem Verschweigen eines Fehlers oder einer Beschaffenheitsgarantie (§ 444)	394

XI. Der Kauf von Rechten, Schutzrechten und sonstigen Gegenständen	395
1. Überblick	395
2. Die Mängelhaftung beim Rechts- insb. Schutzrechtskauf	396
3. Die Verjährung der Mängelansprüche	401
§ 30 Der Mietvertrag	403
I. Die Abgrenzung zwischen Miete, Pacht und Leihe	403
1. Überblick	403
2. Die Leihe	404
3. Der Pachtvertrag	405
II. Der Vertrag zwischen Mieter und Vermieter (Mietvertrag)	406
1. Überblick	406
2. Die Pflichten von Vermieter und Mieter	406
3. Die Mängelhaftung des Vermieters	407
4. Die Beendigung des Mietverhältnisses	409
III. Der Lizenzvertrag	409
§ 31 Leasingverträge	410
I. Überblick	410
II. Operating-Leasing (auch: operatives Leasing)	411
III. Finanzierungsleasing	412
§ 32 Der Dienstvertrag	415
I. Überblick	415
II. Der freie (unabhängige) Dienstvertrag	416
1. Überblick	416
2. Folgen der Nicht- oder Schlechtleistung	416
3. Die Kündigung	417
§ 33 Der Werkvertrag	418
I. Überblick	418
II. Die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und Dienstvertrag	419
III. Die Vergütung	420
1. Überblick	420
2. Die Abnahme	420
3. Mitwirkungspflichten	421
IV. Die Mängelhaftung des Werkunternehmers	422
1. Überblick	422
2. Der Begriff des Sach- und Rechtsmangels	422
3. Die Rechte des Bestellers bei Mängeln des Werkes	423
4. Der Einfluss der Abnahme auf die Mängelansprüche	425
5. Haftungsausschluss	426
V. Verjährung der Mängelansprüche	426

VI. Die Anwendung des Kaufrechts auf Verträge die Werkleistungen zum Gegenstand haben	427
VII. Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)	428
1. Die Bedeutung der VOB für das Werkvertragsrecht	428
2. Die Gewährleistungsvorschriften der VOB/B und ihre wesentlichen Unterschiede zum BGB	428
VIII. Der Reisevertrag als Unterfall des Werkvertrages	429
§ 34 Auftrag und entgeltliche Geschäftsbesorgung	430
I. Der Auftrag	431
1. Überblick	431
2. Rechte und Pflichten	431
3. Rat, Empfehlung und Auskunft	432
II. Der entgeltliche Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675)	434
1. Überblick	434
2. Der Begriff der Geschäftsbesorgung	434
3. Anwendbare Vorschriften	435
III. Der Zahlungsdienstevertrag als Sonderform des entgeltlichen Geschäftsbesorgungsvertrages	436
1. Überblick	436
2. Der Inhalt des Zahlungsdienstevertrages	436
3. Rechte und Pflichten	437
4. Haftungsprobleme	437
5. Die Zahlung mit einer Kreditkarte	437
§ 35 Die Geschäftsführung ohne Auftrag	439
I. Überblick	439
II. Die berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	440
1. Die Voraussetzungen	440
2. Rechtsfolgen der berechtigten GoA	441
§ 36 Der Maklervertrag	443
I. Überblick	443
II. Das Maklerrecht des BGB	444
1. Der Maklervertrag	444
2. Der Maklerlohnanspruch	445
3. Doppeltätigkeit des Maklers (§ 654)	446
4. Der Darlehensvermittlungsvertrag	446
III. Der Handelsmakler § 93 ff. HGB	447
§ 37 Darlehen	448
I. Überblick	449

II. Das Gelddarlehen	449
1. Die wirtschaftliche Bedeutung des Gelddarlehens	449
2. Das einfache Gelddarlehen	450
3. Der Verbraucherdarlehensvertrag und verbundene Verträge	451
III. Das Sachdarlehen (§§ 607 ff.)	452
 § 38 Bürgschaft, Garantievertrag und Schuldmitübernahme	454
I. Die Bürgschaft	454
1. Einleitung	454
2. Der Bürgschaftsvertrag	455
3. Die selbstschuldnerische Bürgschaft	457
4. Die Einreden des Bürgen	458
5. Die Inanspruchnahme des Bürgen	459
6. Die Bürgschaft auf erstes Anfordern	460
7. Die Gewährleistungsbürgschaft	461
8. Die Inhaltskontrolle von Bürgschaftsverträgen	462
II. Ähnliche Sicherungsverträge und ihre Abgrenzung von der Bürgschaft	465
1. Der Garantievertrag	465
2. Die Schuldmitübernahme	466
3. Die Abgrenzung zwischen Bürgschaft, Garantievertrag und Schuldmitübernahme	467
4. Die Patronatserklärung	467
 § 39 Vergleich, Schuldversprechen und Schuldanerkennntnis	468
I. Der Vergleich	469
II. Schuldversprechen und Schuldanerkennntnis	470
1. Begriff	470
2. Entstehung und Inhalt	470
3. Die Rechtsfolgen	470
4. Abgrenzung zum deklaratorischen Schuldanerkennntnis	470
 § 40 Die ungerechtfertigte Bereicherung	471
I. Die Grundtatbestände der ungerechtfertigten Bereicherung	472
II. Die Leistungskondiktion	473
1. Der Begriff der Leistungskondiktion	473
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Anspruchs aus Leistungskondiktion	473
III. Die Bereicherung „in sonstiger Weise“	475
1. Überblick	475
2. Die Eingriffskondiktion	476
IV. Der Inhalt des Bereicherungsanspruches	477
1. Die Herausgabe des Erlangten	477

2. Der Wertersatz	477
3. Der Bereicherungswegfall	477
§ 41 Grundlagen des Sachenrechts	479
I. Regelungsinhalt und Quellen des Sachenrechts	479
1. Regelungsinhalt des Sachenrechts	479
2. Quellen des Sachenrechts	481
II. Grundbegriffe des Sachenrechts	482
1. Sachen	482
2. Bestandteile und Zubehör	482
3. Dingliche Rechte	484
4. Der Besitz	485
§ 42 Das Privateigentum und seine Bedeutung	488
I. Der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes	488
II. Der Eigentumsbegriff des bürgerlichen Rechts	489
§ 43 Der Schutz des Eigentums	490
I. Der Herausgabeanspruch des Eigentümers	490
II. Grundzüge des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	491
1. Sinn und Zweck des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	491
2. Überblick über die wichtigsten Haftungstatbestände	492
3. Mögliche Ansprüche des Eigentümers gegen den Besitzer	492
4. Ansprüche des unrechtmäßigen Besitzers gegen den Eigentümer auf Ersatz seiner Verwendungen	494
III. Der Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch des Eigentümers (§ 1004)	496
1. Der Anspruch aus § 1004	496
2. Die analoge Anwendung des § 1004	497
3. Der Inhalt des Anspruchs und seine Durchsetzung	498
IV. Duldung der Beeinträchtigung des Eigentums wegen nachbarrechtlicher Vorschriften	499
1. Überblick	499
2. Die Duldungspflicht für Immissionen	499
§ 44 Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen	501
I. Der rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb	501
1. Trennungs- und Abstraktionsprinzip	501
2. Der Erwerb des Eigentums vom Berechtigten (Eigentümer)	501
3. Der gutgläubige Erwerb des Eigentums vom Nichtberechtigten	504
II. Der Eigentumserwerb durch Gesetz	506
1. Überblick	506

2. Die Verbindung von Sachen mit einem Grundstück	506
3. Die Verarbeitung	507
4. Ausgleichsansprüche	508
§ 45 Sicherungsrechte an beweglichen Sachen und Rechten	508
I. Einleitung	509
1. Das Sicherungsbedürfnis des Gläubigers	509
2. Personalsicherheiten und Realsicherheiten	509
3. Arten des Kredits – Geldkredit und Warenkredit	510
II. Der Eigentumsvorbehalt	510
1. Einführung	510
2. Der einfache Eigentumsvorbehalt	511
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	514
4. Eigentumsvorbehalt und Verarbeitung	515
5. Der erweiterte Eigentumsvorbehalt	518
III. Das Pfandrecht an beweglichen Sachen	519
1. Die Bedeutung des Pfandrechts für das Wirtschaftsleben	519
2. Arten des Pfandrechts	519
3. Die Entstehung des rechtsgeschäftlich bestellten Pfandrechts	520
4. Rechtsfolgen aus der Akzessorietät	521
5. Die Verwertung der Pfandsache	521
IV. Die Sicherungsübereignung	522
1. Überblick	522
2. Das Entstehen des Sicherungseigentums	523
3. Der Gegenstand der Sicherungsübereignung	525
4. Die Nichtigkeit der Sicherungsübereignung wegen Verstoßes gegen § 138	526
5. Die Verwertung	527
6. Das Sicherungsgut in der Zwangsvollstreckung und Insolvenz	528
V. Das Pfandrecht an Rechten	529
1. Überblick	529
2. Die Bestellung eines Pfandrechts an Rechten	529
3. Die Befriedigung des Gläubigers aus einer verpfändeten Forderung	530
VI. Die Sicherungsabtretung	531
1. Überblick	531
2. Sicherungsabtretung und Sicherungsvertrag	531
3. Die Verwertung	533
4. Bestimmtheit und Bestimmbarkeit der zur Sicherung abgetretenen Forderung	533
5. Die Globalzession	533
6. Die Sicherungsabtretung in Zwangsvollstreckung und Insolvenz	535

§ 46 Überblick über das Immobiliarsachenrecht	535
I. Der Eigentumserwerb am Grundstück	536
1. Überblick	536
2. Das Grundbuch	536
3. Der öffentliche Glaube des Grundbuchs und der gutgläubige Erwerb des Eigentums an einem Grundstück	537
4. Der Grundbuchberichtigungsanspruch (§ 894)	538
5. Der Widerspruch	539
6. Die Vormerkung	540
II. Belastung von Grundstücken	542
1. Überblick	542
2. Nutzungsrechte	542
3. Die Reallast, §§ 1105 ff.	544
4. Das dingliche Vorkaufsrecht (§§ 1094 ff.)	544
III. Erbbaurecht und Wohnungseigentum	544
1. Das Erbbaurecht	544
2. Das Wohnungseigentum	546
 § 47 Die Grundpfandrechte	547
I. Wirtschaftliche Bedeutung und Arten der Grundpfandrechte	547
II. Die Hypothek	549
1. Der Begriff der Hypothek	549
2. Die Bestellung der Hypothek	549
3. Die Übertragung der Forderung und der Hypothek	551
4. Die Verwertung der Hypothek	552
III. Die Grundschild	556
1. Der Begriff der Grundschild	556
2. Die Bestellung der Grundschild	556
3. Die Sicherungsgrundschild	556
4. Die Übertragung der Grundschild	557
5. Die Verwertung der Grundschild	558
IV. Das Erlöschen der Grundpfandrechte und ihre Zuordnung	558
1. Überblick	558
2. Die Zuordnung der Hypothek	558
3. Die Zuordnung der Grundschild	560
V. Die Tilgungshypothek	560
VI. Die Vorteile der Grundschild	561
 <i>Anhang: Die Anfertigung eines juristischen Gutachtens</i>	563
<i>Sachverzeichnis</i>	577

Verzeichnis der geläufigsten Abkürzungen

a.A.	anderer Ansicht
Abl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Band, Jahr, Seite)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater (Jahr, Seite)
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGB-InfoV	BGB-Informationspflichtenverordnung
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (Band, Seite)
Bl	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BPatG	Bundespatentgericht
BPatGE	Entscheidungen des Bundespatentgerichts
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache (Wahlperiode/Drucksachennummer)
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Band, Seite)
DB	Der Betrieb (Jahr, Seite)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift (Jahr, Seite)
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt (vor 1998 Deutsches Patentamt [DPA])
DStR	Deutsches Steuerrecht (Jahr, Seite)
EG	Europäische Gemeinschaft; im Zshg. mit Artikeln: EG-Vertrag
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Jahr, Seite)
FernAbsG	Fernabsatzgesetz
GBO	Grundbuchordnung

Verzeichnis der geläufigsten Abkürzungen

GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Jahr, Seite)
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Halbbd.	Halbband
HGB	Handelsgesetzbuch
i.S.	im Sinne
InsO	Insolvenzordnung
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Jahr, Seite)
JR	Juristische Rundschau (Jahr, Seite)
Jura	Juristische Ausbildung (Jahr, Seite)
JuS	Juristische Schulung (Jahr, Seite)
JW	Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)
JZ	Juristenzeitung (Jahr, Seite)
KG	Kammergericht, Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des BGH (Paragraph, Nr.)
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (Jahr, Seite)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr, Seite)
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte (Jahr, Seite)
MMR	MultiMedia und Recht (Jahr, Seite)
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
Nachw.	Nachweise(n)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Jahr, Seite)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Jahr, Seite)
NK-BGB	Nomos Kommentar zum BGB
Nr.	Nummer
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht (Jahr, Seite)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Jahr, Seite)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Jahr, Seite)
o.a.	oben angegeben
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts (Band, Seite)

PatG	Patentgesetz
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
PWW/ Bearbeiter Rn.	BGB-Kommentar, herausgegeben von Hanns Prütting u.a. Randnummer
Recht	Das Recht (Jahr, Nr. der Entscheidung)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Band, Seite)
RPA	Reichspatentamt
StGB	Strafgesetzbuch
TKG	Telekommunikationsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VerbrKrG	Gesetz über Verbraucherkredite
VersR	Versicherungsrecht (Jahr, Seite)
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
Vorbem.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Jahr, Seite)
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Jahr, Seite)
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht (Jahr, Seite)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis (Jahr, Seite)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Jahr, Seite)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung